

SCHWEIZERISCHER ISRAELITISCHER GEMEINDEBUND
FÉDÉRATION SUISSE DES COMMUNAUTÉS ISRAÉLITES

M E M O R A N D U M

des

SCHWEIZERISCHEN ISRAELITISCHEN GEMEINDEBUNDES
(SIG) ZUM ABSTIMMUNGSVERHALTEN SCHWEIZERISCHER
DELEGATIONEN IN INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN

In der schweizerischen jüdischen Öffentlichkeit macht sich zusehends ein Malaise über das Abstimmungsverhalten schweizerischer Delegationen an internationalen Konferenzen bemerkbar. Dieses wird, wie die Diskussion anlässlich der Abstimmung über den UNESCO-Beitrag der Schweiz gezeigt hat, ebenfalls von grösseren Kreisen der öffentlichen Meinung und auch im Parlament empfunden. In diesem Zusammenhang sei auf die Zeitungskommentare nach der UN-Weltkonferenz des Internationalen Jahres der Frau 1975 hingewiesen.

Wie erinnerlich, haben sich mit Schreiben vom 20. Juli 1975 der "Bund der Israelitischen Frauenvereine in der Schweiz" und die Schweizer WIZO-Föderation an den Bundespräsidenten gewandt und ihrer Enttäuschung und Beunruhigung über die Haltung der Schweizer Delegationen Ausdruck verliehen. Am 30. Juli 1975 hat Botschafter René Keller (Direktion für internationale Organisationen des EPD) den beiden Frauenorganisationen geantwortet und die allgemeinen Instruktionen für Schweizer Abordnungen dargelegt. Ein Schreiben ähnlichen Inhaltes hat auch der Schweizerische Zionistenverband erhalten.

Die Argumentation des EPD hat die schweizerische jüdische Öffentlichkeit nicht zu überzeugen vermocht, und die Geschäftsleitung des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes, der Gesamtrepräsentanz der Juden in der Schweiz, möchte hiermit prinzipiell zur Problematik Stellung beziehen.

1. Das EPD beruft sich auf die Politik der ständigen Neutralität der Schweiz und leitet daraus die Pflicht ab, sich "an internationalen Konferenzen bei Abstimmungen, die als Stellungnahme für oder gegen eine Partei in einem internationalen Konflikt ausgelegt werden können, der Stimme zu enthalten" (EPD an Zionistenverband).

Anlässlich der letzten Plenarsitzung in Mexico präzierte die Schweizer Delegation ihre Haltung wie folgt: "Wir stimmten allen Resolutionen zu, die wir gutheissen konnten, und wir haben uns insbesondere bei denjenigen Problemen der Stimme enthalten, welche Konflikte beinhalten, die unserer Ansicht nach zwischen den interessierten Parteien geregelt werden sollten. In Uebereinstimmung mit unserem Statut permanenter Neutralität nehmen wir keine Stellung zugunsten einer oder der andern Partei in einem Streitfall ein, unabhängig davon, um wen es sich dabei handelt."

Botschafter Keller, in seinem Schreiben an die Frauenorganisationen, erklärt: "Die Schweizer Abordnung orientierte sich an der erteilten allgemeinen Instruktion, bei Stellungnahmen zu sachfremden politischen Aspekten

Enthaltung zu üben" ... "Stimmenthaltung erscheint insbesondere da legitimiert, wo solche Abstimmungen von Organen vorgenommen werden, die sich vornehmlich mit humanitären, sozialen oder technischen Fragen und nicht mit Politik zu beschäftigen haben."

2. Wir bejahen selbstverständlich uneingeschränkt das schweizerische Statut permanenter Neutralität und sind auch der Ansicht, dass sich eidgenössische Delegationen bei Konflikten, die zwischen den interessierten Parteien geregelt werden sollen, der Stimme enthalten müssen.

Unverständlich erscheint uns jedoch die Direktive, bei "sachfremden politischen Aspekten Enthaltung zu üben", also dort, "wo solche Abstimmungen von Organen vorgenommen werden, die sich vornehmlich mit humanitären, sozialen oder technischen Fragen und nicht mit Politik zu beschäftigen haben".

Gerade die systematische Unterwanderung, um nicht zu sagen Unterminierung, internationaler Organisationen durch "sachfremde politische Aspekte" stellt eine der bedenklichsten Erscheinungen des heutigen internationalen politischen Lebens dar. Wir möchten daher einmal die Frage aufwerfen, ob es der schweizerischen Neutralität widersprechen würde, aus prinzipiellen Gründen und auch aus der humanitären und universalistischen Tradition unseres Landes heraus, eindeutig gegen sachfremde politische Elemente Stellung zu beziehen.

Es geht hierbei weniger um Konflikte zwischen Staaten, aus denen sich die Schweiz heraushalten will und muss, als vielmehr um eine internationale Sittenverwilderung, wo alle Satzungen und Reglemente von Organisationen jeweils nach Bedarf abgeändert und auf die politischen und ideologischen Bedürfnisse der jetzigen Mehrheit auf der Weltbühne neu zugeschnitten werden. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die kürzliche Tagung der interparlamentarischen Union, welche kaltblütig eine Verletzung ihres Statuts dadurch rechtmässig machte, indem sie dieses ganz einfach änderte.

3. Die Frage erhebt sich, ob das, was in der Sprachregelung des EPD als "Verpolitisierung" oder "sachfremde politische Aspekte" bezeichnet wird, überhaupt noch etwas mit den traditionellen Kategorien zwischenstaatlicher Beziehungen und diplomatischer Gepflogenheiten zu tun hat, oder ob wir nicht einem völlig neuartigen Phänomen gegenüberstehen, an welches die Männer, die unsere Neutralitätspolitik einst festgelegt und ausgearbeitet hatten, nicht dachten resp. nicht denken konnten, da es diese Erscheinung damals noch nicht gab.

Stehen wir nicht vielmehr an solchen internationalen Konferenzen meta-politischen Entwicklungen gegenüber und, vor allem, einer überbordenden Ideologisierung weltpolitischer Probleme. Dies kommt ja auch dadurch zum Ausdruck dass in solchen Resolutionen wie z.B. in Mexico, immer von "-ismen" die Rede ist: Kolonialismus,

Imperialismus, Neo-Imperialismus und Zionismus werden in einem Atemzug genannt, etwa so, wie die Propagandamaschine des Dritten Reiches die Thesen von der "bolschewistisch-jüdisch-plutokratischen" Verschwörung einhämmerte. Die verheerenden Auswirkungen dieser Indoktrinierung sind zu bekannt, als dass sie nochmals aufgezählt werden müssten. Dass insbesondere die Juden hellhöriger sind als andere, wenn ihnen systematisch in internationalen Gremien wieder von gewisser Seite ein dämonisierendes Etikett angeheftet wird, ist wohl verständlich. Dies ist auch der Hauptgrund für das Malaise unter den Juden der Schweiz über das Abstimmungsverhalten unserer Delegationen.

4. Bei internationalen Konferenzen, an welchen die Schweiz teilnimmt, und an denen mit "geölter" Regelmässigkeit "sachfremde" anti-zionistische oder anti-israelische Resolutionen eingebracht werden, geht es nicht mehr um Konflikte zwischen zwei Parteien resp. Staaten, sondern um eine moderne Form von Polit-Rassismus. Die "sachfremden politischen Aspekte" sind ja nichts anderes, als moderne Versionen mittelalterlicher Brunnenvergiftungs-Anschuldigungen, ein systematisch von arabischer und kommunistischer Seite geschürter Polit-Antisemitismus. Ueber die Affinitäten des sogenannten Antizionismus mit dem Antisemitismus gibt es eine einschlägige Literatur. Vielleicht sei auch in diesem Zusammenhang auf das erstinstanzliche Urteil des Strafgerichts Basel-Stadt im Prozess zwischen POCH und POB einerseits

und den Herren Carl Miville und Ernst Herzig anderseits hingewiesen, wo u.a. zu lesen ist:

"Aus der allgemein bekannten Lage im Nahen Osten und aus den den Angeklagten zugänglichen Informationen konnte der Schluss gezogen werden, die Pläne der PLO zielten nicht nur auf die Eroberung des israelischen Territoriums sondern auch auf die Vernichtung der dortigen jüdischen Bevölkerung. Wenn aber von Europa aus Aktivitäten, die auf die Vernichtung von Juden gerichtet sind, gebilligt werden, so kann daraus nach den Erfahrungen der Geschichte unseres Jahrhunderts der Schluss gezogen werden, es handle sich einmal mehr um den Ausdruck judenfeindlicher Tendenzen, - besonders wenn auch Nachrichten vorliegen, nach welchen in Teilen unseres Kontinentes sogar von staatlicher Seite Ressentiments gegen die Juden erneut zu einem Mittel der Politik gemacht werden. Bei dieser Sachlage ist auch die Befürchtung nahe liegend, durch die Bejahung solcher Tendenzen seitens politischer Parteien in der Schweiz könnte auch bei uns latenter Antisemitismus erneut aktiviert werden. Manifestiert sich die Aversion gegen Juden - wie bei palästinensischen Organisationen und ihnen nahestehenden arabischen Kreisen - in einer Art und Weise, die sich unverkennbar an den Stil der nationalsozialistischen anti-jüdischen Propaganda anlehnt, so liegt Anlass zur Auffassung vor, die fraglichen politischen Kräfte bewegten sich in dieser Hinsicht in der Marschrichtung Hitlers und Streichers.

Da die POCH und die POB sich mit der PLO und ihren Zielen solidarisch erklärten, konnten die Angeklagten auch davon ausgehen, die Klägerinnen billigten mit der "Befreiung Palästinas" durch die arabischen Palästinenser auch die Vernichtung von Juden in Israel, - insbesondere nachdem die POCH in ihrer Zeitung vom 2. Juli 1973 ausdrücklich erklärt hatte, es könnte

nicht "unsere Aufgabe sein, den palästinensischen Befreiungsorganisationen Ratschläge in bezug auf die Wahl ihrer Kampfmittel zu erteilen". Wer aber die Vernichtung von Juden und entsprechende Propaganda billigt, kann als judenfeindlich beurteilt werden, auch wenn er seine Juden-Gegnerschaft auf Zionisten (zu welchen immerhin die israelfreundliche überwiegende Mehrheit der Juden zu zählen ist) beschränkt."

Auch darüber, dass sowohl im Ostblock wie auch bei den arabischen Staaten, also den Haupttriebkräften der anti-israelischen resp. antizionistischen Hetze auf internationaler Ebene, sehr oft ein traditioneller Antisemitismus weiterhin vorhanden ist, gibt es einschlägige Literatur.

Resolutionen gegen Zionismus in internationalen Gremien, skurrile Verurteilungen Israels, trotz Expertenberichten, die den in Entschliessungen erhobenen Behauptungen widersprechen, oder die abstruse Behauptung von Mexico, wonach die Rechte der Frau erst nach "Eliminierung des Zionismus" erlangt werden könnten, zeigen wohl deutlich, dass es sich nicht um "sachfremde politische Aspekte", sondern vielmehr um ein eigentliches Kesseltreiben, um Polit-Rassismus handelt.

5. Das Wort Polit-Rassismus ist nicht zufällig gewählt. Während nämlich andere modische Sündenböcke der internationalen politischen Dämonologie wie Imperialismus,

Kapitalismus und Neo-Imperialismus nicht spezifisch auf einen Staat oder eine religiöse Gemeinschaft fixiert, sondern je nach der politischen Optik oder Taktik des Betrachters vertauschbar und beliebig verwendbar sind, und die Grenzen sich kaleidoskopartig wandeln (z.B. beschuldigt die Volksrepublik China die USSR, eine imperialistische Macht zu sein...), bezieht sich Zionismus einzig und allein auf die Juden in Israel und der Diaspora.

6. Es besteht wohl kein Zweifel, dass die repetitive Verwendung der Schlagwörter "imperialistisch, kapitalistisch, zionistisch" in internationalen Resolutionen und Dokumenten, wie einst das Goebbelsche "bolschewistisch-jüdisch-plutokratisch" im Laufe der Zeit eine gewisse Wirkung zeitigen kann. Erster, und leider wohl vorläufiger Höhepunkt war die Abstimmung im Ausschuss für soziale, humanitäre und kulturelle Fragen der Vereinten Nationen, wonach Zionismus gleichzusetzen sei mit "Rassismus". Damit ist beabsichtigt, dem Staat Israel die ideologische Basis und Legitimität, und dem jüdischen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zu entziehen. Anders ausgedrückt: Antisemitismus soll von den Vereinten Nationen sanktioniert werden.

Dies ist ein Hauptgrund für das Malaise der Juden in der Schweiz. Sie betrachten es als eigentlichen Affront, dass die Vertreter ihres Landes nicht deutlich gegen

diesen Polit-Rassismus Stellung bezogen, was einer Desavouierung der jüdischen Bürger des Landes gleichkommt. Die Stimmenthaltungen der Schweizer Delegationen in internationalen Gremien haben zur neuesten Entwicklung in den Vereinten Nationen beigetragen, wie die Präambel zur neuesten UNO-Resolution über Zionismus beweist, welche ausdrücklich auf die "Deklaration von Mexico" bezug nimmt.

8002 Zürich, November 1975
Lavaterstrasse 37 WG/uf